

dramatisch seien die Auswirkungen auf die kieferorthopädische Versorgung. Das Bundesgesundheitsministerium habe vorgeschlagen, dass solche Behandlungen im Rahmen der gesetzlichen Krankenversicherung nur noch von Fachzahnärzten durchgeführt werden dürfen. „Dieser Fachzahnarztvorbehalt muss vom Bundestag unbedingt gestoppt werden. Anderenfalls wird es in mehreren Landkreisen in Bayern keine kieferorthopädische Versorgung mehr geben“, warnte der KZVB-Vorsitzende. Auch auf die Patienten kämen Mehrbelastungen zu – unter anderem durch die Absenkung der Festzuschüsse für Zahnersatz. Gleichzeitig müssten die Krankenkassen und damit die Beitragszahler weiterhin für versicherungsfremde Leistungen aufkommen. Dazu gehöre auch die Versorgung von Bürgergeldempfängern. „Das ist politischer Sprengstoff. Sozialleistungen müssen aus dem Steueraufkommen finanziert werden, nicht von

den Arbeitnehmern und Arbeitgebern“, betonte Schott.

Notdienstreform hat sich bewährt

Gute Nachrichten konnte die KZVB-Führung dagegen in Sachen Notdienst verkünden. Die zum 1. Januar erfolgte Reform habe sich bewährt. Die KZVB teile nun weniger Praxen ein, die dadurch besser ausgelastet seien. Zudem könnten die Zahnärzte ihren Notdienst im Verhinderungsfall über ein Internetportal leichter tauschen. Gerade angesichts der Ausdünnung der Praxislandschaft sei diese Reform notwendig gewesen.

Dr. Alexander Hartmann aus Passau, Vorsitzender des Zahnärztlichen Bezirksverbands Niederbayern, schloss sich der Kritik am Beitragssatzstabilisierungsgesetz an. Er forderte zudem eine Erhöhung des seit

1988 unveränderten Punktwerts in der privaten Gebührenordnung GOZ. Gerade weil die Kassen immer weniger zahlen, seien die Praxen auf ausreichende private Zuzahlung angewiesen. Ein Zahnarzt sei letztlich auch ein Unternehmer, der Gehälter, Mieten und andere Praxiskosten zahlen müsse. Und das werde aufgrund falscher politischer Weichenstellungen immer schwieriger.

In der anschließenden Diskussion machten die Obleute keinen Hehl daraus, dass sie von der Bundesregierung bitter enttäuscht seien. „Wir haben durch Prävention und Prophylaxe den Kassen Milliardenausgaben erspart und werden dafür nun bestraft“, brachte es ein Teilnehmer auf den Punkt.

Leo Hofmeier

Zahnmedizinische Versorgung ist ein Standortfaktor

KZVB im Gespräch mit der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft

Im Werben um ausländische Fachkräfte spielt auch die medizinische und zahnmedizinische Versorgung eine wichtige Rolle. Wie diese trotz leerer Kassen aufrechterhalten werden kann, darüber tauschte sich Dr. Rüdiger Schott mit dem Hauptgeschäftsführer der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw), Bertram Brossardt, aus. Ein guter Ansatz seien private Zusatzversicherungen, die bereits von einigen Arbeitgebern bezuschusst würden. Schott brachte auch Instrumente der Strukturförderung ins Spiel.

In unterversorgten Gebieten könnte der Staat Praxisgründungen oder -übernahmen bezuschussen. Schott und Brossardt wollen hierzu Gespräche mit dem bayerischen Wirtschaftsministerium führen. Wir halten Sie auf dem Laufenden!

LH

